

Wie der Rechtspopulismus eine evidenzbasierte Klimapolitik gefährdet

1. Anmerkungen zur Rhetorik des internationalen Rechtspopulismus

Die Methode der erfolgreichen Neuen Rechten in Europa und Übersee ist bewährt: Um den politischen Diskurs allmählich zu verschieben, werden migrationskritische, klimawandelleugnende oder EU-zweiflerische Positionen zunächst neu geframt und öffentlich getestet. Gibt es lauten öffentlichen Widerspruch, werden sie relativiert und umgedeutet, nie aber zurückgenommen. In dieser Hinsicht arbeiten der hessische CDU-Veteran und heutige AfD-Ehrevorsitzende Alexander Gauland, die AfD-Kanzlerkandidatin und Parteivorsitzende Alice Weidel und auch das *Make-America-Great-Again-Team* des nach vier Jahren Pause wiedergewählten US-Präsidenten Donald Trump mit identischen Mitteln.

Dieser Beitrag diskutiert die Frage, wie durch das Erstarken rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien international das Ziel der Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts aus dem politischen Fokus gerät. In Europa wie in den Vereinigten Staaten werden die wissenschaftlichen Grundlagen der Klimapolitik von ihnen in Frage gestellt und Politikansätze propagiert oder umgesetzt, die gegen eine Dekarbonisierung gerichtet sind. Kapitel 2 untersucht, wie sich der Klimadiskurs unter dem Eindruck der Wahlerfolge von Trump und seinen europäischen Verbündeten entwickelt hat. Dass der völkische Teil der AfD mit wachstums-kritischen und ökologisch motivierten Überlegungen sympathisiert und dennoch in der Gesamtpartei eine transformationskritische Haltung dominiert, analysiert Kapitel 3. Das darauffolgende Kapitel befasst sich damit, wie schon die Substanz klimapolitischer Regulierungen durch einen veränderten Grundkonsens geprägt wurde. Es stellt die Frage, wie sich ein neues erfolgreiches Narrativ finden ließe, unter dem die Zielsetzung eines nachhaltigeren Wirtschaftens wieder fokussiert werden könnte. Die Bedeutung von Nachhaltigkeitspräferenzen als Basis einer konsensualen Klimapolitik diskutiert Kapitel 5, bevor Kapitel 6 Hinweise auf eine pragmatische Umweltpolitik nach dem Vorbild Dänemarks und der Niederlande gibt und in ein kurzes Fazit überleitet.

Doch zunächst zurück zu den Techniken rechtspopulistischer Rhetorik: Wenn Gauland die These aufstellt, den deutschen Fußball-Weltmeister Jérôme Boateng (der später vor Gericht Handgreiflichkeiten mit seiner ehemaligen Partnerin zugeben musste) wollten ›die Leute‹ nicht als Nachbarn haben, zielt er damit ungesagt auf dessen dunkle Hautfarbe ab und trifft eine Aussage über Deutschland als Einwanderungsland. Ähnlich ging er vor, als er die zwölf Jahre des Nationalsozialismus in Deutschland von 1933 bis 1945 als »Vogelschiss in der Geschichte« (Gauland 2018) bezeichnete. Es ist eine Umdeutung der Epoche, die den Zweiten

Weltkrieg und den Holocaust zur Folge hatte, ein Gegenpol zum ›Schuldkult‹, den die Neue Rechte seit langem beklagt. Ein *Frame* wird in den Köpfen der Menschen verankert. Viele Rezipienten empfinden seine Aussage als empörend, verbreiten sie auch durch ihre Kritik weiter und popularisieren sie unter den Anhängern seiner These damit umso mehr.

Diese Strategie ist erfolgreich: ob in Deutschland, in den Vereinigten Staaten oder in Brasilien. Eine neue Form von Politik macht sich breit und hat Erfolg in der Wählerschaft. Das verändert auch die Art und Weise, wie über Klimapolitik und Nachhaltigkeit, Biodiversitätsschutz und den Umbau der Industriegesellschaft zu einer Kreislaufwirtschaft gesprochen wird. Schien es noch Ende des vergangenen Jahrzehnts so, als ließe sich mit einer positiven Haltung für Veränderung ein wesentlicher Impuls für Klimaschutz erreichen, so haben sich die politischen Parameter mit dem Erfolg der rechtspopulistischen und klimawandelleugnenden Strömungen radikal verändert. In den USA werden derzeit gesetzgeberische Maßnahmen etabliert, die die Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung in den kommenden Jahren maßgeblich erschweren könnten. Gleichzeitig lässt sich auch in Europa ein regelmäßig wiederkehrender Aufstieg klimawandelskeptischer und -leugnender Gruppierungen bei Wahlen beobachten.

Nach diesem Prinzip hat Donald Trump zweimal erfolgreich (und einmal verlustreich) Wahlkampf in den Vereinigten Staaten geführt. Von seinem Leitspruch *America First*, der etliche politische Implikationen hat, über sein Bild von den verrosteten Fabriken und seine Inszenierung von Politik als *Deal-Making* bis zu der überraschenden Anmerkung im Fernsehduell mit seinem Widersacher Joe Biden, in Springfield äßen haitianische Einwanderer Hunde und Katzen, reicht sein Repertoire. Klimawandel-Skepsis ist ein zentrales Motiv seiner Rhetorik.

2. Klimaschutz: Vom vermeintlichen gesellschaftlichen Konsens zum identitätspolitischen Kampf

Unter Trump bleibt es nicht beim *Frame*, schnell wird aus der Rhetorik Handeln: In konservativen, von Republikanern regierten Staaten mussten sich rund um seine Wiederwahl Finanzunternehmen dafür rechtfertigen, Pensionsvermögen nach Nachhaltigkeitskriterien anzulegen. In seiner Inaugurationsrede wiederholte Trump das vielfach im Wahlkampf verbreitete Motto *Drill, Baby, Drill*, was als maximale Ausbeutung fossiler Rohstoffquellen übersetzt werden kann. In den ersten Tagen im Amt hat Trump im Jahr 2025 zum zweiten Mal nach 2017 das Pariser Klimaabkommen gekündigt, das sicherstellen soll, dass Mitte des Jahrhunderts keine Treibhausgase mehr ausgestoßen werden, um die Erderwärmung zu lindern. Dieses Kapitel soll herausarbeiten, inwieweit die Rhetorik und die konkrete Politik der MAGA-Bewegung auf den vermeintlichen klimapolitischen Konsens in Europa einwirkt.

Schien es noch im Klimaprotest-Jahr 2019 eine breite Allianz für den Klimaschutz auf der Welt zu geben, hat sich seither der Wind scharf gedreht. Das hat verschiedene Ursachen: Die wirtschaftliche Lage hat sich in Europa, insbesondere in Deutschland verschlechtert. Das ist vielleicht die wichtigste. Zielkonflikte zwischen einer aktiv herbeigeführten Transformation des Wirtschaftsmodells von fossil zu regenerativ werden spürbar, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst und Verteilungsspielräume verloren gehen. Hohe Energiepreise, wie sie durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den deutschen Atomausstieg und die Energiewende zur Realität geworden sind, belasten Unternehmen. Klimaschützern fällt es nicht leicht, für CO₂-bedingte Preiserhöhungen zu argumentieren, wenn Mittelstand und Industrie schon unter den aktuellen Bedingungen unter dem Preisniveau ächzen.

Ganze Branchen hinterfragen ihr bisheriges Geschäftsmodell – zumindest auf deutschem Boden. Selbst die EU-Kommission entschärft ihr einst voller Überzeugung vorgetragenes Modell eines *European Green Deal* und beabsichtigt, mittelständische Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten. Dieser hatte sich zum Ziel gesetzt, dass Finanzmärkte und Realwirtschaft über regulative Vorgaben einen Dialog etablieren, wie eine ökologisch-soziale Transformation von Geschäftsmodellen das Instrument der Treibhausgasminde rung durch den europäischen Emissionshandel ergänzen könnte. Eine den klimapolitischen Zielen der EU zugewandte Haltung der Unternehmen soll durch Transparenzvorschriften regulativ unterstützt werden. In der ›Sustainable Finance‹-Szene der Banken, Fondsgesellschaften und Versicherer, die ihre Investitionen nach ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) steuern, herrscht Katerstimmung. Und auch die Diskussionen über die Legitimität der Klimakleber haben die Zivilgesellschaft in Deutschland aufgerieben und den Klimaschutz vom Versuch, zu einer einenden Leitidee für die Politik im frühen 21. Jahrhundert zu werden, zurückgeführt auf die Lagerkonfrontation der Zeit vor den Klimaprotesten. Klimaschutz wird wieder zu einem konfrontativen Inhalt, für den in der jüngsten Bundestagswahl offensiv nur noch die Partei der Grünen eingetreten ist. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Klimaschutzes haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Ein wesentlicher Treiber der Nachhaltigkeits-Skepsis ist aber auch der Rechtspopulismus. Klimawandel zählt in Europa neben einem Einwanderungsstopp (bis zur Rückführung oder ›Remigration‹ hier lebender Menschen mit Migrationserfahrung), der Kritik an der Europäischen Union und dem Ruf nach einer Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg, die gleichbedeutend mit territorialen Zugewinnen Russlands wäre, zu den Kernbestandteilen der meisten erfolgreichen rechtsnationalen Bewegungen: Dabei sind der Rassemblement National in Frankreich und die Schweizerische Volkspartei vergleichsweise vorsichtig im Verhältnis zur offensiveren Freiheitliche Partei Österreichs, der deutschen AfD oder der britischen *UK Independence Party* (UKIP), die lautstark klimawandel-leugnende Positionen vertreten. Ausnahmen bilden die Fidesz-Partei aus Ungarn, Perussuomalaiset (›Die Finnen‹) oder die Nationale Vereinigung aus Lettland,

die den Klimawandel als Bedrohung begreifen. Die meisten Parteien haben in den vergangenen Jahren tendenziell an Zustimmung in ihren Ländern gewonnen. Dabei zählte in Deutschland die vehemente Kritik an der Dekarbonisierung zu den immer wiederkehrenden Kernpositionen der AfD. Die wachsende Resonanz dieser Thesen etwa in sozialen Medien oder in Leserkommentaren von Medienportalen spült diese Argumentation häufiger als früher in öffentliche Debatten.

3. Der völkische Teil der AfD hat Sympathien für eine ökologisch begründete Wachstumskritik

Kaum integrierbar in die dominante Programmatik rechtsnationaler Parteien scheinen latent wachstumskritische und ökologische Positionen, wie sie der völkisch argumentierende Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke zum Teil verschriftlicht. Als etwa im Jahr 2020 die national-ökologische Zeitschrift ›Die Kehre‹ zum ersten Mal erschien, lobte Höcke in einem Beitrag auf der Plattform Facebook die Beiträge dafür, Menschen in der hoch technologisierten Industriegesellschaft an ihre Verantwortung zu erinnern, sie für die Folgen ihres persönlichen Konsumverhaltens zu sensibilisieren und sie »in allen möglichen Facetten mit der Grundsatzfrage zu konfrontieren, was notwendig ist und wann ein Zuviel das wirkliche Leben ›verstellt‹« (Höcke 2020). Die Energiewende sei auch deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sie im wachstumsbasierten Denken stecken bleibe, schrieb er in seinem Post.

Heimatliebe und Naturschutz sind in den Ausführungen Höckes zwei Seiten einer Medaille. »Daß die heimathassenden Grünen das Thema Naturschutz gekapert haben, ohne ihm gerecht werden zu können, ist eine der Tragödien der deutschen Nachkriegsgeschichte« (ebd.), schrieb er. In konkreten Auseinandersetzungen als Oppositionsführer hingegen bewegt er sich im klimawandelskeptischen Gedankengut seiner Partei. Als er etwa in einem Fernsehduell mit seinem Widersacher, dem Thüringer CDU-Vorsitzenden Mario Voigt, diskutierte, spulte er konventionelle rechtspopulistische Vorbehalte gegen die Energiewende ab. Die AfD macht Naturschutz häufig als Argument geltend, wenn es gilt, das globale Umweltproblem Klimawandel zu relativieren. Und dafür bereitet auch ihre Parteivorsitzende Alice Weidel aktiv den Boden. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 zeigte sich wieder eines dieser typischen *Framing*-Beispiele der globalen rechtsnationalen Bewegung. Weidel wetterte auf dem Parteitag in Riesa im Januar gegen die hessische Landesregierung, die im Reinhardswald – auch als ›Märchenwald‹ bekannt – 18 neue Windräder genehmigt hat. Nachdem sie dies zur Einleitung erzählt hatte, rief sie echauffiert: »Wenn wir am Ruder sind, reißen wir alle Windkraftwerke nieder. Nieder mit diesen Windmühlen der Schande!« (Weidel 2025).

Wie zuvor am Beispiel des AfD-Ehrenvorsitzenden Gauland oder des US-Präsidenten Trump erläutert, griff sie rhetorisch planvoll auf eine verallgemeinerungs-

fähige Aussage zurück. Als sich anschließend eine öffentliche Debatte an ihren Aussagen entzündete, konnte sie sich darauf stützen, dies zunächst nur auf den konkreten Fall des Märchenwalds gemünzt zu haben. Gleichzeitig hatte sie eine Formel gefunden, auf die sich bei weiteren Auftritten mühelos zurückgreifen oder die sich über die sozialen Medien ohne weitere Relativierung verbreiten ließ. Nicht anders geht sie vor, wenn sie in derselben Veranstaltung davon spricht, dass der Begriff ›Remigration‹ nun in der Welt sei und man somit nun auch offen darüber sprechen könne.

4. Kontinuität und Wandel: Wie der Erfolg der MAGA-Bewegung auch den europäischen Diskurs verändert

Die Gegner eines ambitionierten Klimaschutzes und einer ökologisch-sozialen Transformation sind erstarkt aus den jüngsten Wahlen hervorgegangen. Die AfD hat ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl gegenüber der Abstimmung vor dreieinhalb Jahren etwa verdoppelt. Donald Trump hat die Präsidentenwahl in den USA nicht nur nach Wahlfrauen und -männern klar gewonnen, sondern auch das sogenannte *Popular Vote* für sich entschieden, also die Mehrheit aller Wähler hinter sich gebracht. Dadurch haben sich Mehrheitsverhältnisse im Hinblick auf Klima- und Nachhaltigkeitspolitik verschoben. Die Vereinigten Staaten werden von einem Klimawandelleugner regiert, in Deutschland bezweifelt die inzwischen größte Oppositionspartei den Zusammenhang zwischen menschengemachtem fossilem CO₂-Ausstoß und Erderwärmung.

Geht es darum, eine politische Haltung zu entwickeln und zu vertreten, die dem internationalen Versprechen gerecht wird, das mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 verbunden ist, müssen sich die Akteure darüber klar werden, dass sich das Diskursumfeld gegenüber den Jahren 2019 bis 2022 (dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine) verändert hat. Fossile Geschäftsmodelle hatten seither einen Aufwind. Private Geldanlagen nach den ESG-Kriterien sind zunächst unter Druck geraten. Die größte Wirtschaftsmacht der Welt ist nicht mehr Teil der Vereinbarung wie noch unter Trumps Vorgänger, Joe Biden, der mit dem *Inflation Reduction Act* den von vielen gelobten Versuch unternommen hat, der starken Teuerung mit zusätzlichen staatlichen Subventionen für nachhaltige Technik in Unternehmen entgegenzutreten. Stattdessen vertritt die US-amerikanische Politik nun den Standpunkt, fossile Rohstoffe müssten stärker extrahiert werden. Finanzunternehmen sollten ausschließlich auf Rendite, nicht auf die Zukunftsfähigkeit von Geschäftsmodellen achten.

Schon vor Trumps Amtsantritt haben sich alle wesentlichen US-amerikanischen Banken aus der *Net Zero Banking Alliance* zurückgezogen. Später folgte ihnen dann der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock mit dem Ausstieg aus der *Net Zero Asset Owner Alliance*. Diese Selbstverpflichtungs-Initiativen sind ein wichtiges Bindeglied zwischen der internationalen politischen Rahmensetzung,

den handelnden Aufsichtsbehörden und den Unternehmen, die sich über Kapitalmärkte mit Geld versorgen wollen, um ihren Kapitalstock zu modernisieren und somit ökologisch-sozial verantwortungsvoller mit natürlichen Ressourcen und Schadstoffsenken umzugehen.

Der Exodus US-amerikanischer Finanzkonzerne für sich genommen ist keine Katastrophe. In der Europäischen Union sind sie weiterhin Teil des ambitionierten Regelwerks. Sie werden auch nicht von Behörden in den USA daraufhin überprüft, ob sie sich intern ökologische oder soziale Ziele setzen. Aber auch hier lässt sich sagen: Der Gegenwind wird schärfer. Die ins Rechtsnationale gerutschte republikanische Regierung hat der ESG-Logik den Kampf angesagt. Und solange sie kurzfristig Renditevorteile für eine konventionelle Kapitalanlage in Mandaten etwa für Pensionsfonds nachweisen kann, stehen die Vermögensverwalter unter erheblichem Rechtfertigungsdruck, der auch schleichend ihr ESG-Engagement aushöhlen kann.

Auch das europäische Gegenmodell zu Bidens weiter wirksamem *Inflation Reduction Act* gerät stärker in die Kritik als zuvor, was sich mit dem Stichwort ›neue klimapolitische Realität‹ nach 2022 beschreiben lässt. Der *European Green Deal*, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2019 vorgelegt und den Brüssel seither ausbuchstabiert hat, verfolgt einen anderen Ansatz: Statt Subventionen für grüne Projekte locker zu machen, basiert er wesentlich auf der Annahme, dass Transparenz über Nachhaltigkeitserfolge für Unternehmen und Finanzmärkte Anreize setzt, schonender mit Ressourcen und Senken umzugehen und die Effizienz ihres Material- und Energieeinsatzes zu verbessern.

Dazu hat die EU neben Naturschutz-Initiativen drei zentrale Instrumente für mehr Transparenz geschaffen: Eine Taxonomie definiert erstens, welche Eigenschaften Produkte haben müssen, um als nachhaltig gelten zu können. Das ist mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden und bezieht detaillierte technische Standards ein. Zweitens erläutert eine Richtlinie über Nachhaltigkeitsberichtspflichten für Unternehmen (CSRD), wie diese über den eigenen Einfluss auf die Umwelt und die Wirkung von Umweltveränderungen auf ihre Finanzen berichten müssen. Hier müssen Unternehmen viele Daten erheben, die sie bislang noch nicht beachtet haben. Das dürfte ein enormer Hebel zum Klimaschutz werden, weil Transparenz Bewusstsein für Veränderungspotenziale schafft. Und drittens steuert die Lieferketten-Sorgfaltspflichten-Richtlinie (CSDDD) das Wohlergehen von Zulieferunternehmen, mit denen man über die eigene Wertschöpfungskette verbunden ist. Kritik macht sich vor allem an der sozialen Komponente dieses Regelwerks fest, das starke Implikationen auf Unternehmen und ihren Umgang mit Mitarbeiter*innen hat.

Diese drei Instrumente sollen auf Betreiben der Kommission, aber auch auf Wunsch der nationalen Regierungen vereinfacht und zum Teil entschärft werden. Besonders in Deutschland hat die mehrjährige Rezession in Erinnerung gerufen, dass das Land bei vielen bürokratischen Vorgaben höhere Anforderungen festlegt

als andere EU-Mitgliedstaaten. Der *Green Deal* gerät somit sprichwörtlich in den ›Rasenmäher‹ einer intensiven Debatte über Bürokratieabbau.

Die stärkste Wirkung auf den Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität aber – und die Ignoranz gegenüber diesem zentralen Instrument in gesellschaftlichen Debatten ist bemerkenswert – hat der schon im Jahr 2005 eingeführte europäische Emissionshandel für Industrie- und Energieunternehmen. Der Mechanismus ist einfach: Die EU-Institutionen definieren den maximalen Treibhausgasausstoß, der in einer mehrjährigen Handelsperiode emittiert werden darf. Dieser Menge entsprechend erwerben oder erhalten Unternehmen dieses Sektors Erlaubnisscheine (Emissionszertifikate), die sie als Pfand für ihre Emissionen einsetzen oder an andere Unternehmen veräußern können. Von Jahr zu Jahr wird das Volumen dieser Emissionsrechte verringert, sodass ein zuvor definiertes Ziel erreicht werden kann. Diese Logik ist 2012 auf die Luftfahrt in der EU, 2024 auf die Schifffahrt ausgeweitet worden, 2027 kommen Verkehr und Wohnen hinzu.

Haltung spielt eine wesentliche Rolle im Klimadiskurs – doch woraus speist sie sich? All diese politischen Instrumente spielen eine wichtige Rolle im Hinblick auf den Buchtitel ›Haltung zeigen – Demokratie stärken‹. Klimapolitik in Europa wird vor allem in Brüssel betrieben – im Zusammenspiel von EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Mitgliedstaaten. Von Klimaaktivisten wird bisweilen öffentlich der Eindruck vermittelt, seit der Jahrtausendwende sei wenig geschehen. Aber es fehlt an einer ideellen Unterfütterung. In Wissenschaft, Verwaltung und Unternehmen entfalten die 17 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen eine Wirkung. Indem sie Nachhaltigkeit in Handlungsfeldern wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Wasserqualität konkretisieren, bieten sie einen Orientierungsrahmen. Besonders die Regelungen des *Green Deal* nehmen auch Bezug auf diese SDG, die Zielvorgaben bis zum Jahr 2030 machen.

Hier zeigt sich allerdings eine Diskrepanz zwischen den abstrakten Zielen und dem konkreten Umgang mit Nachhaltigkeitsregeln im unternehmerischen und politischen Alltag. Haltung ist gefragt, wenn Mittelständler genervt von Berichtspflichten sind, statt sich darüber bewusst zu werden, dass eine standardisierte Berichterstattung ein nützliches Steuerungsinstrument sein kann, um künftigen ökologischen Risiken zu begegnen, die zu finanziellen werden können. Haltung ist auch gefragt, wenn in der Kommune über ressourcenschonenderen Verkehr diskutiert wird. Oder wenn private Haushalte darüber nachdenken, welche regenerativ betriebene Heizung infrage kommt oder ob man dreimal im Jahr mit dem Flugzeug in den Urlaub oder auf ein verlängertes Wochenende fliegen sollte.

Die lange Vorrede über die Klimawandelleugnung seitens rechtsnationaler Bewegungen hat deutlich gemacht, dass der unbefangene Austausch über eine Nachhaltigkeitswende vor und während der Corona-Pandemie nicht zurückkehren wird. Die Klimabewegung hat sich von den auf Konsens ausgerichteten Schülerprotesten von *Fridays for Future*, denen die *Scientists* und *Parents for Future* folgten, radikalisiert. *Extinction Rebellion* und Letzte Generation haben weitaus

kleinere Teile der Bevölkerung hinter sich versammelt und dafür wohlwollende Milieus gegen sich aufgebracht. Aus der selbstkritischen Reflexion, welchen Beitrag man selbst bereit wäre für Klimaschutz zu leisten, ist die Fundamentalwut gegen das Gebäudeenergiegesetz aus dem grün geführten Bundeswirtschafts- und Klimaministerium geworden. Diese Ablehnung erklärt zum Teil das schwache Abschneiden aller drei Ampelparteien bei der jüngsten Bundestagswahl.

5. Amartya Sens Konzept der Nachhaltigkeitspräferenzen als Basis erfolgreicher Klimapolitik

Eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik hat verschiedene Voraussetzungen. Keine noch so ambitionierte Regelung zur Reduktion der Emissionen wird Bestand haben, wenn sie keine spürbaren Vorteile für Unternehmen mit sich bringt, die mit höherer Effizienz Geld einsparen oder einen Produktionsprozess deutlich besser und innovativer gestalten können. Auf der Ebene der Haushalte werden scharfe Regeln zur Treibhausgasreduktion und ein hoher CO₂-Preis nur dann akzeptiert, wenn sie den persönlichen Komfort aufrechterhalten. Trifft das nicht ein, haben die Klimawandelleugner leichtes Spiel und können so tun, als existiere das Problem nicht, und gleichzeitig die Nachteile auf dem Konto oder im Heizungskeller bemängeln. Denn mit der Politik, die die abgewählte Ampelregierung begonnen hat, kommt der Klimaschutz näher an das eigene Haus, die eigene Wohnung, die eigene Urlaubsentscheidung und die alltäglichen Mobilitätsgewohnheiten.

Die Widerstände gegen solche Maßnahmen zeigen, dass für viele Menschen zwischen der allgemeinen Wertschätzung für Klima- und Nachhaltigkeitspolitik und einer konkreten Übersetzung dieser Sympathie in praktischer Politik häufig ein Widerspruch besteht. Sobald zum Beispiel unmittelbare finanzielle Folgen für Haushalte damit verbunden sind, ist die Zustimmungsrate für Klimapolitik nicht mehr so hoch, wie wenn abstrakt nach der Zustimmung gefragt wird. Der indisch-britische Philosoph und Ökonom Amartya Sen hat eine tief empfundene Nachhaltigkeitspräferenz in einigen seiner jüngeren Aufsätze als eine Werthaltung für das frühe 21. Jahrhundert beschrieben (vgl. Sen 2010). Am Beispiel einer bedrohten Vogelart (Spotted Owl, Fleckenkauz) führt er etwa in einem Essay aus, dass es ein Interesse daran geben kann, eine Spezies zu schützen, wenn es Menschen bewusst wird, dass der Lebensstandard nur eine Dimension ihrer Existenz ist. An anderer Stelle schreibt er, Menschlichkeit zeichne sich dadurch aus, dass Individuen über ihre konkreten Bedürfnisse hinaus Werte vertreten könnten, die zum Beispiel auf den Erhalt des Planeten gerichtet sind. Menschen seien in der Lage, die Interessen künftiger Generationen in ihre Präferenzordnung zu integrieren.

Wähler können klimapolitische Maßnahmen als Einschränkung erleben, etwa wenn materielle Einschränkungen damit verbunden sind. Sofern sie diese nicht

im Zusammenhang mit den ökologischen Krisen auf dem Planeten sehen, sind sie empfänglich für die eingangs beschriebenen Argumentationsmuster von Populisten.

Machen sie sich aber bewusst, was die verschränkte Klima- und Biodiversitätskrise mit dem jahrhundertealten Expansionismus des Menschen, mit seinen wenig nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen und seinem zielsicheren Zusteuern auf planetare Grenzen zu tun hat, wenn sie sich zudem klar machen, welche herausfordernde Aufgabe das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2021 gestellt hat, als es einen Klimaschutz ohne Einschränkung der Freiheitsrechte verlangte, dann können sie zu einer vernunftbasierten Nachhaltigkeitspräferenz kommen, die der Fundamentalkritik der Rechtsnationalen etwas entgegenzusetzen hat. Gute Umweltregulierung setzt voraus, dass Menschen den Wert teilen, wissenschaftlich fundierte Klimaziele sollten so erreicht werden, dass die individuelle Freiheit so wenig wie möglich beeinträchtigt wird. Das heißt auch, wenn es eine günstigere Alternative einer Regulierung gibt, die denselben Effekt hat, ist diese dem ursprünglichen Plan vorzuziehen. Erfahrungen in Dänemark, das den pro Kopf gerechneten Treibhausgasausstoß im europäischen Vergleich besonders erfolgreich reduziert hat, legen den Schluss nah, dass aus einer tiefer verinnerlichten Nachhaltigkeitspräferenz auch ein breiterer gesellschaftlicher Konsens für Klimapolitik folgt. Das Land hat nicht nur früher als andere eine kommunale Wärmeplanung eingeführt, sondern auch trotz feuchter Witterung in der Hauptstadt Kopenhagen durch den Ausbau der Radwege einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Fahrrädern im Mobilitätsmix und mit dem Umbau des Energiekonzerns Ørsted einen Weltmarktführer für erneuerbare Energien geschaffen. Eine Reise ins süddänische Sønderborg führte mir im Frühjahr 2025 vor, wie viel erfolgreiche Wärmeprojekte mit einem breiten Konsens zu tun haben (vgl. Krohn 2025).

Nachhaltigkeit steht nach Wählerbefragungen nicht ganz oben auf der Prioritätenliste, ist den Befragten aber auch nicht ganz unwichtig. Sowohl der europäische Emissionshandel in Kombination mit von der Leyens Transparenzanforderungen des *Green Deal* als auch Bidens *Inflation Reduction Act* und Trumps *Drill, Baby, Drill* lassen sich als Ausdruck des Wählerwillens interpretieren, dem unterschiedliche Nachhaltigkeitspräferenzen zu Grunde liegen. Sie sind das jeweilige Angebot unterschiedlicher politischer Strömungen, wie eine Transformation von einer fossilen zu einer solaren Wirtschaft erreicht werden kann: im ersten Beispiel einem erzwungen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und Senken, im zweiten Beispiel dem Glauben, dass Technik einen Weg aus der Nachhaltigkeitskrise weist und diese zuerst in Unternehmen eingeführt werden muss, und im dritten Beispiel dem Motto ›nach uns die Sintflut‹.

Das Pariser Klimaabkommen, das die USA unter Donald Trump aufgekündigt hat, ist immer noch ein starker Referenzrahmen für politisches Handeln. Die Staaten der Welt haben sich darauf verpflichtet, das bedrohlichste globale Umweltproblem in den Griff zu bekommen, indem sie bis Mitte des Jahrhunderts aufhören, Treibhausgase zu emittieren. Zwischenstaatliches Handeln hat immer

Widersprüche. Der nachvollziehbare Wunsch, einige Länder sollten in einem Klimaklub gemeinsame Regeln definieren und klimafreundliche Produktstandards bestimmen, die dann allmählich auf weitere Beitrittswillige ausgedehnt werden, scheitert, wenn Präsidenten ins Amt kommen, die das Problem für aufgebauscht halten – und wenn andere ihre Nachbarn in Kriege verwickeln, um zu einstiger imperialer Größe zurückzukehren. In der Zwischenzeit muss also ohne das sicherlich vielversprechende Instrument eines Klimaklubs gehandelt werden.

Warum sollte man das tun, fragen viele, die Dauerrezession, alternde Gesellschaft, den Ausbau der chinesischen Kohlekraftwerke und die rücksichtslose Zollpolitik der USA im Blick haben. Doch unabhängig von den ausführlich beschriebenen Zäsuren und dem Gegenwind für eine ambitionierte Klimapolitik, bleibt eine Prämisse aus den Jahren davor richtig: Das Pariser Abkommen kreiert einen Wettbewerb unter den Wirtschaftsräumen der Welt, wie sich eine umweltschonende Energieversorgung, ein sparsamer Ressourceneinsatz und attraktiver Wohlstand vereinbaren lassen, der einen nachhaltigeren Weg des Wirtschaftens aufzeigt. China baut in erheblichem Maße seine erneuerbaren Energien aus – weil auch ein autokratisches System befürchtet, für Umweltkatastrophen verantwortlich gemacht werden zu können. In Indien geht es darum, den Aufschwung fossilfreier zu gestalten als in China. Und Afrika hat keine schlechten Voraussetzungen, den Umweg über Kohlekraftwerke und Ölraffinerien zu umgehen.

6. In Deutschland genügt oft ökologische Symbolpolitik

Deutschland ist ein Land, das mit seiner starken romantischen Tradition, den kraftvollen sozialen Bewegungen der sechziger Jahre und dem erfolgreichen Protest gegen Atomkraft ein sehr ausgeprägtes Umweltbewusstsein besitzt. Doch anders als etwa in den Niederlanden oder in Dänemark wird der Erfolg von Umweltpolitik meist nicht an den zentralen Messgrößen festgemacht, was die Wirkung dieses Bewusstseins in der praktischen Politik schmälert: dem CO₂-Ausstoß etwa oder der Recyclingquote. Diesbezüglich schneiden die beiden genannten Länder besser ab. Und wenn es darum geht, dass man das Pariser Abkommen als einen Wettbewerb begreift, schneiden sie besser ab als Deutschland.

Hierzulande scheinen dem Publikum häufig symbolische Akte zu genügen, ohne dass dadurch größere ökologische Effekte erreicht werden: Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke auch in der Energiekrise – obwohl eine Laufzeitverlängerung am gravierenden Problem der Endlagerung wenig ändern würde. Einführung eines Plastiktütenverbots, obwohl es für die Umweltbilanz eine minimale Wirkung hat. Ein 9-Euro oder das später umgesetzte 49-Euro-Ticket sowie ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen als die zwei Forderungen von Klimaklebern, von denen einige Aktivisten das Ende ihres Hungerstreiks abhängig machen. Dass Dänen durchschnittlich drei Tonnen weniger Treibhausgase ausstoßen als Deutsche, hat wenig mit diesen verschiedenen Formen symbolischer Politik zu

tun, und mehr damit, dass ihre Politiker schon Ende der siebziger Jahre mit der Wärmewende begonnen, konsequenter in Städten auf Fahrräder als Transportmittel gesetzt, Unternehmen früher beim Umbau fossiler Geschäftsmodelle unterstützt haben.

Welche Haltung ist also eingefordert, wenn die Zivilgesellschaft auch gegen die Widerstände der rechtsnationalen Bewegungen weiterhin für Nachhaltigkeit eintritt? Zentral ist, dass sie ergebnisorientiert ist. Immer wieder wird in umweltpolitischen Diskussionen auf den Pragmatismus in den Niederlanden und in Dänemark verwiesen. Wenn man höhere Quoten zur Wiederverwertung von Materialien erreichen will, könnte man die Kooperationsbedingungen zwischen Unternehmen verbessern, Regeln so ausgestalten, dass dieses Ziel nicht an bürokratischen Auflagen scheitert. Deutschland sollte von seinem nur in Teilen begründeten Selbstbild des Umweltweltmeisters wegkommen. Denn übertragen gesprochen, ist es häufig schon im Viertelfinale gescheitert: Die Quote sekundärer Rohstoffe in der Produktion weit unter der niederländischen, die Emissionsreduktion weit hinter Dänemark, im Anteil erneuerbarer Energien hat Dänemark das deutsche Ausbauziel in kürzerer Zeit überboten – bei geringeren Kosten. Dass häufig trotzdem noch der Glaube vorherrscht, Umweltweltmeister zu sein, ist die Kehrseite des Arguments ›Warum sollen wir eigentlich etwas gegen den Klimawandel tun, wenn es sonst keiner tut?‹. Und das wiederum ist die Vorstufe zur populistischen Vereinfachung.

Eine konstruktive Haltung zur Nachhaltigkeit muss Komplexität aushalten. Ein erfolgreicher Weg zur Klimaneutralität bis 2050 wird höchstwahrscheinlich eine Mischung sein aus technischen Verbesserungen und Verhaltensänderungen, die von der Bevölkerung nicht als Einschränkung wahrgenommen werden. Angesichts enger Straßen in Großstädten ist bemerkenswert, wie wenig Zuspruch zum Beispiel bislang das Modell des *Carsharings* findet. Weil sich eine große Zahl von Nutzern ein Auto teilt, ist es viel häufiger unterwegs und besetzt dadurch viel weniger Stellfläche. Gleichzeitig atmet das Angebot mit der Nachfrage. Sind viele Nutzer an das System angeschlossen, kann die Flotte erweitert werden. Das setzt voraus, dass Bürger es akzeptieren, dass ihr Gefährt vielleicht nicht direkt vor der Haustür oder in der Tiefgarage steht. Stattdessen müssten sie bereit sein, einige Minuten zum Auto zu laufen oder mit dem Fahrrad zu fahren.

Andere Neuerungen dagegen sind technisch: Die Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz hat eines gezeigt: Wärmepumpen sind enorm leistungsstark – wenn auch aktuell oft noch übertrieben teuer. Elektroautos werden leistungstärker und attraktiver. Volkswagen will nun auch den Wettbewerb mit Renault auf dem Markt der günstigeren Modelle aufnehmen. Zumindest auf dem Land dürfte das eine gute Alternative zu fossil betriebenen Autos sein. In den Städten dagegen dürfte es eher ein Mix sein. Und auch in der Ernährung sind innovative Techniken genauso wie veränderte Konsummuster denkbar – der Trend zur nachhaltigeren, fleischärmeren Kost ist ja längst im Gange. Und sollte es unter der neuen Bundesregierung zu einem für die kommenden Jahre eher unwahrscheinlichen Durch-

bruch in der Kernfusion als Mittel der Energieerzeugung kommen, was dann den Druck auf die Menschen zu Verhaltensänderungen reduzieren würde, könnte das dazu führen, dass das Ziel schneller erreicht wird. Solange das aber nicht in Aussicht steht, scheint der beschriebene *Mix* der wahrscheinlichere Weg.

7. Fazit

Die nationalistische und populistische Gegenbewegung ist sehr stark. Ihre Argumente haben einen Vorteil: Wer Komplexität negiert, kann einfachere Botschaften aussenden – besonders wenn es um ein Politikfeld geht, dessen Folgen erst in der Zukunft sichtbar werden. Eine Haltung hingegen, die ökologisch-soziale Transformationen nicht als Bedrohung versteht, kann nicht ins Wackeln geraten, wenn die Energiewende teuer ist und über Arbeitsplätze diskutiert wird, wenn Geschäftsmodelle nicht in kurzer Zeit besser für den Artenschutz werden oder wenn sich nicht sofort die passende technische Innovation finden lässt, die auf einen Schlag die Treibhausgasemissionen auf Null setzt. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass mehr Menschen die Aufgabe kennen, die vor allen liegt: Der Wohlstand muss künftig von Material- und Energieeinsatz entkoppelt werden, die Wirtschaft muss die planetaren Grenzen respektieren und ein Umbau muss den Menschen die größtmögliche Freiheit sichern.

Literaturverzeichnis

- Gauland, A. (2018): Wortlaut der umstrittenen Passage der Rede von Alexander Gauland, beim Kongress der Jungen Alternative am 02.06.2018, AfD Homepage. Link: <https://afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland/> (zuletzt abgerufen am 05.08.2025).
- Höcke, B. (2020): Die Kehre. Facebookpost vom 28.05.2020. Link: <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/die-kehre-wochenende-gab-es-eine-gro%C3%9F-a4umaktion-bei-mir-zuhause-ich-began/2648496802058256/> (zuletzt abgerufen am 05.08.2025).
- Krohn, P. (2025): Eine Stadt will Leuchtturm der Welt sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.04.2025. Link: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimaneutralitaet-wie-s-n-derborg-in-daenemark-zum-leuchtturm-der-welt-werden-will-110418579.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2025).
- Sen, A. (2020): Sustainable Development and Our Responsibilities, Mai 2010. Link: <http://www.comitatoscientifico.org/temi%20SD/documents/SEN%20Responsibility&SD%2010.pdf> (zuletzt abgerufen am 05.08.2025).
- Weidel, A. (2025): Weidel bei AfD-Parteitag: »Werden alle Windräder niederreißen«, YouTube-Kanal AFP Deutschland vom 11.01.2025. Link: <https://www.youtube.com/watch?v=HD5GyksGpZI> (zuletzt abgerufen am 05.08.2025).